

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Ml. pro Woche, 7.50 Ml. pro Monat. Durch die Post 7.50 Ml. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postkontos Nr. 23 886. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Montag, 12. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Ml., auswärts 0.90 Ml. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Ml. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespaltene oder deren Raum im Letzt 3.- Ml.

## Nicht Sachwertfassung aber 24 Milliarden indirekter Steuern! Sind die 10 Punkte des ADGB schon erledigt?

„Erfassung der Sachwerte“, so hieß die Parole, die tatsächlich die gesamte Arbeiterklasse trotz vieler sonstiger Parteigegegensätze hätte ein gut Stück Weges gemeinsam marschieren lassen. Die 10 Forderungen des ADGB, in deren Mittelpunkt die Erfassung der Sachwerte steht, fanden Zustimmung bei allen Arbeiterparteien. Auch die Kommunisten erklärten eindeutig genug, daß sie gewillt sind, für das Programm des ADGB zu kämpfen. Sie forderten zu dem Zweck die Bildung einer kampffähigen proletarischen Einheitsfront, die durch eine außerparlamentarische Massenaktion bewirkt und konsequent die Durchführung des Programms des ADGB erzwingen sollte.

Kaum daß diese Keime einer Einheitsfront zu sprießen begonnen, ist schon der Frosthauch des parlamentarischen Rechtsmetzels dazwischen gekommen und hat den verheißungsvollen Anfang vernichtet.

Im Reichstag sind Mehrheitssozialisten und Rechtsunabhängige, wie Breitscheid und Herz (im Gegensatz zu Ledebour, Rosenfeld), eingetreten für die Umsatzsteuer, die noch vor Weihnachten durchgepeitscht werden soll.

24 Milliarden indirekter Steuern sollen die Arbeiter tragen!

Das ist eine schallende Ohrfeige für alle Arbeiter der SPD und USPD, die nicht die Steuerabwälzung auf das Proletariat, sondern die sofortige Einleitung des Kampfes gegen alle indirekten Steuern und für die Erfassung der Sachwerte wollen.

Das ist ein Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront, die sich ja gerade auf der Basis des Programms der restlosen Erfassung der Sachwerte bei den Großkapitalisten und Kriegsgewinnlern zu bilden begann.

Das ist bereits das Aufgeben der 10 Punkte des ADGB, die wieder einmal, wie so oft, nur auf dem Papier stehen bleiben, ohne in die Tat umgesetzt zu werden.

Das ist blanke Verrat an den Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Statt der Kapitalistenklasse die Lasten des Krieges aufzubürden, statt alle proletarischen Kräfte zu mobilisieren für diese Aktion, entblöden sich Arbeitervertreter nicht, in allzu verächtlicher Eile, wie sie sie nie bei einer Belastung der Kapitalisten aufzubringen vermögen, noch vor Weihnachten für Steuern einzutreten, die 24 Milliarden aus den Taschen der Masse der Konsumenten, Arbeiter, Angehebelten, Beamten, kleinen Leute, herauszohlen sollen.

Wir fragen die Arbeiter, ohne Unterschied der Partei: Sied Ihr damit einverstanden? Wollt Ihr Euch damit zufriedengeben, daß durch die 24 Milliarden indirekter Steuern beispielsweise eine Familie von fünf Köpfen mit 2500 Mark pro Jahr belastet wird?

Wollt Ihr, daß ein neuer unerhörter Steueranwuchs bei gleichzeitiger Schonung des Großkapitals Euch noch tiefer unter das Existenzminimum drücken soll, als es bisher schon der Fall ist?

Das Proletariat steht am Scheidewege! Indirekte Steuern oder Erfassung der Sachwerte. Steueranwuchs an den Ärmsten der Armen oder direkte Belastung des Großkapitals, so ist die Frage unerbittlich gestellt.

Arbeiter, erklärt in den Betrieben und Gewerkschaften, wofür Ihr Euch entscheidet!

Zwingt die Gewerkschaften, ehe es endgültig zu spät ist, zur Aufnahme des Kampfes um die 10 Punkte!

Die Debatte im Steuerauschuß.

Im 11. Steuerauschuß wurde am letzten Mittwoch die Generaldebatte über die Abänderung des Umsatzsteuerfortschritts. Der deutschnationale Mittelstandstreter Hammer stellte fest, daß der Ertrag der Umsatzsteuer von der Regierung im neuen Etat mit 24 Milliarden, also noch um eine Milliarde höher als die Einkommensteuer einbehalten sei. Er verhöhnte nicht ohne Geschick die Wandlungslosigkeit des SPD, die handtucht sei, daß anzunehmen,

was sie früher verbannt habe. Nach vielem Wimmeln und Über erklärte er sich mit „Rücksicht auf die Notlage des Reiches“ bereit, für eine Heraussetzung des Steuerfußes auf 2 Prozent zu stimmen. Er fordert ein Mantelgesetz, um die Sozialdemokraten vor die Alternative zu stellen: annehmen oder ablehnen.

Genosse Heydemann legte in einstündiger Rede die Stellung der kommunistischen Fraktion dar. Die Umsatzsteuer sei die brutalste und rücksichtsloseste Steuer zur Ausplünderung der Massen. Wir werden diese aufrufen zum Kampf gegen den schamlosen Betrug, der an ihnen verübt wird. Wenn die Regierung 24 Milliarden Ertrag aus der Steuer erwarte, so betrage die Gesamtbelastung des Volkes mindestens 30 Milliarden. Das mache für eine Familie mit drei Kindern 2500 Ml. im Jahre. Genosse Heydemann erinnerte an die Stellung Kassales zu den indirekten Steuern und an gewisse kluge Äußerungen sozialdem. Führer während des Krieges. Die Kursumbesteuerung sei ein schamloser Massenbetrug. Sie doktore nur an den Symptomen herum, ohne die Wurzel des Übels anzugreifen. Die Kassenbelastung der Umsatzsteuer beseitige nicht die Finanzdie Finanznot des Reiches. Sie mache aber jede Hoffnung auf einen Preisabbau zunichte. Die gestrige Haltung der Unabhängigen war höchst zweideutig angesichts des Raffiments der Bürgerlichen bei der Beratung der Vermögenssteuer. Die Haltung der SPD sei direkt arbeiters- und sozialismuskindlich. Wir Kommunisten lehnen die Steuer grundsätzlich ab und werden den Kampf gegen sie außerhalb des Parlaments zu führen wissen. Und das um so mehr, als nach Presseberichten die Umsatzsteuer schon ab 1. Januar in Kraft treten soll, während die Kapitalisten schon seit vielen Jahren dem Reiche die Steuern schuldig geblieben sind. Die Vorlage ist eine schamlose Provokation. Wir werden alle klassenbewußten Arbeiter im Lande dagegen zum Kampfe aufrufen.

Der Ausschußvorsitzende, Dr. Becker, bestritt die Richtigkeit der Presseberichten. Er habe keinerlei Kenntnis von einer solchen Absicht. Der Bayerische Volksparteiler, Dr. Emminger, beantragte einen Steuerfuß auf 2. v. H., während die Regierungsvorlage 2 1/2 v. H. fordert.

Der Unabhängige Dr. Breitscheid erklärte, die grundsätzliche Auffassung seiner Partei habe sich nicht geändert, aber sie verzichteten auf Agitationsreden im Ausschuß. Die Unabhängigen bekennen sich nicht zu dem Prinzip alles oder nichts. Wenn es nicht gelinge, den bisherigen Steuerfuß beizubehalten, würden sie für den Antrag seiner Beschränkung auf zwei Prozent stimmen.

Der Sozialdemokrat Hartleib hielt nur eine wütende Pause gegen die Kommunisten. Die Umsatzsteuer müsse beschlossen werden, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. An den Arbeitern liege es, ihre Löhne mit dem Wachsen der Preise in Einklang zu bringen. Die Kommunisten treiben keine Realpolitik. Sie verkennen die außenpolitische Lage. Wir haben durch die Dummheit der Wähler eine bürgerliche Mehrheit im Reichstage, und diese bestimmt. Die Entente gestattet nicht, daß wir in Deutschland weniger Steuern erheben als in ihren Ländern. Der Ausspruch Hermann Müllers geschah zu einer Zeit, wo nicht die heutigen Verhältnisse vorlagen. Die Sozialdemokratie kann eher mit Stolz auf ihre Politik blicken als die russischen Kommunisten auf die ihrige. Dort sei eine Papiermark 60 000 Rubel wert. Die kommunistische Taktik führe nur zum Bürgerkrieg.

Genosse Höllein leuchtete dem antibolschewistischen Sozialdemokraten gehörig heim. Die Umsatzsteuer führe nicht zur Sanierung der Reichsfinanzen, sondern vielmehr zu ihrer weiteren Zerrüttung. Gleichzeitig schwäche sie die Konsumkraft der Massen und damit die Produktion. Sie führe somit nur zur weiteren Verelendung des Proletariats. Die Verhältnisse sind für die russischen Arbeiter und Bauern gegen die Vorkriegszeit erheblich besser geworden, während bei uns sich die Lage der Werktätigen immer mehr verschlechtert.

Hierauf wurde der kommunistische Antrag, die Umsatzsteuer aufzugeben, von allen Parteien, einschließlich der beiden sozialdemokratischen, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

## Der Kapp-Prozess in Leipzig.

General Roske war von den Kappisten zum Diktator ansersehen!

Die Justizkomödie in Leipzig entwickelt sich immer mehr zur Posse, allerdings zu einer schlechten Posse mit schlechten Schauspielern. Was sich da zusammengefunden hat zur Vorbereitung und Ausführung des Rechtsputches, hat sich wirklich gesucht und gefunden, wie der Volksmund sagt. Diese deutsch-nationalen Fachverräter, die im März 1920 gar nicht forsch und brutal genug sein konnten, die gestützt auf die vertierten Freikorps und Offiziers-Freiwilligen-Kompagnien Arbeiter zu Hunderten hingemordet haben, stellen sich jetzt ganz unschuldig und harmlos. Sie haben absolut keine Reue gehabt, daß eine strafbare Handlung in Frage käme. Wird durch Verlesen von beschlagnahmten Briefen, Dokumenten usw. irgend ein Angeklagter belastet, dann schiebt es einer auf den anderen. Eine solche Jammerlappigkeit ist selten dagewesen. Und das sind die prominentesten Vertreter der „bürgerlichen Gesellschaft“. Diese Leute demonstrieren klar und deutlich den völligen Bankrott der bürgerlichen Gesellschaftsklasse.

### Die Verlesung der Dokumente

zerstört die Ausrede der Angeklagten, der Putsch sei kein Hochverrat gewesen. In einem Brief des Kapp an Besten, der bei Schiele beschlagnahmt wurde, erklärt Kapp mit erfreulicher Offenheit, die Farce, als sei der Putsch zum Schutze der Weimarer Verfassung unternommen worden, könne er nicht mitmachen. Der historische Vorgang dürfe nicht von den Beteiligten, selbst in einem Gerichtsverfahren, verfälscht werden. Den Standpunkt seines Freundes Dr. Schiele, der in einem gestern ebenfalls verlesenen Briefe unmissig erklärt, auf eine kleine Geschichtslüge komme es nicht an, macht sich Kapp also nicht zu eigen.

Dann werden Briefe Schieles verlesen. Ein „Agricola“ taucht auf, „Wollen Sie Auskunft geben, wer unter dem Namen „Agricola“ sich verbirgt? — „Nein“, ist die Antwort mit schneidender Stimme.

Am 1. März 1919 teilt Schiele Schnitzler einige Randbemerkungen über die Papiergeldwirtschaft mit. Ludendorffs Behauptungen, wie wenig Ludendorff Anteil am gemeinsamen Ruhme habe, erscheinen ihm aus Prestige-Gründen gefährlich.

Das Volk betrachtet diesen „Freiheitsmann“, wie ein Psychiater seine Patienten“. Das sind seine eigenen Worte. Er schließt: „Ich glaube, es ist jetzt höchste Zeit, anzufangen. Verspricht man den jetzigen Nachhabern Sicherheit ihrer Köpfe, so finden sie sich mit der Reaktion ab, aber es braucht Laten dazu, nicht Worte.“

Es kommt dann die Breslauer Angelegenheit, die Ernennung des Kurt v. Kessel zum Oberpräsidenten von Schlesien durch Jagow zur Sprache. In einem Briefe an die Breslauer Staatsanwaltschaft protestiert der verstorbene von Kessel gegen die ihm angebrochte Verhaftung und bekennt sich darauf, daß Jagow ihn erjucht hatte, das Amt des Oberpräsidenten von Schlesien zu übernehmen.

Der Angeklagte von Jagow bestreitet, mit der Ernennung des Herrn von Kessel etwas zu tun gehabt zu haben; denn schon am 18. März seien in Breslau Anschläge mit der Unterschrift Kessels erfolgt. Kessel sei offenbar von Kapp ernannt worden. Jagow bemerkt noch, er habe weder Herrn von Kessel die Stelle des Oberpräsidenten noch Herrn von Grollmann die des Regierungspräsidenten in Breslau angeboten.

Besonders Interesse erregte die Verlesung einzelner Stellen aus Schnitzlers Tagebuch, in dem sich unter anderem ein Vernecht befindet, daß Herr von Wangenheim sich im Grunewald aufhalte und in zehn Tagen große Kämpfe bevorstünden.

Unter dem 27. Juli findet sich eine Eintragung, daß Schnitzler mit Oberst Bauer einig sei. Roske sei erst umgefallen, nachdem eine Handgranate beim Reichsjugendministerium platze. Ferner finden sich folgende Eintragungen: 29. Juni: bei Dönn, Ludendorff sehr herzlich; Dönn jetzt stramm. 15. September: Bei Schiele: Ueber Diktatur der Mitte, vormittags bei Bauer, abends bei Dr. Büchel und Bang. — 19. September: 12 1/2 Uhr bei Kapp mit Kofal Marg; 7-8 Uhr Ludendorff; 4-7 Uhr Schiele. Antwort auf Bock's Fragebogen; 21. September: bei Gussong, Großwist, Kahl. Mittags bei Schiele. Schiele erzählt, daß Kapp sich jetzt bei Delferich wegen Diktatur.

### Die Zeugenvernehmung.

Da die Aufzeichnungen Dr. Schnitzlers unangenehme Mitteilungen über den seit Juli 1919 geplanten und vorbereiteten Putsch enthalten, marschiert ein Zeuge auf, Redakteur Hornisch, der Schnitzler als Phantasten bezeichnet, von dem wohl anzunehmen sei, daß er Geschenktücher für die blaue Luft fabriziere.

Ludendorff, den der Vorsitzende mit Nahrung in der Stimme „Ergellen“ tituliert, spricht, als wolle er seinem Generalfeldwebel den Lagedienst verlesen. Wie weit die Sympathie der Ultrareaktionäre für Roske ging, zeigt Ludendorffs Mitteilung, daß Roske lange Zeit von den Generälen als Diktator in Aussicht genommen war. Im übrigen hält Ludendorff eine antibolschewistische Versammlung ab, aus der nur die Mitteilungen seiner Bemerkungen um das Verbleiben der Diktatur in den russischen Offiziersprovinzen von einigen Interesse ist.



## Ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution?

Von Karl Radek.  
(Fortsetzung.)

Diese Erkenntnis der geschichtlichen Tendenzen aller bürgerlichen Revolutionen ist eine notwendige Voraussetzung des theoretischen Verständnisses der Schicksale der russischen Revolution.

Als in den Jahren 1905 über den Charakter der russischen Revolution gestritten wurde, wies Trotzki vollkommen richtig darauf hin, daß die Arbeiterklasse die bürgerlichen Grenzen der Revolution überschreiten wird, ohne Rücksicht darauf, ob wir es wollen oder nicht, da, wenn sie zwecks Beendigung der bürgerlichen Revolution, zwecks Sturzes des zaristischen Regimes, die Macht, sei es auch zusammen mit der Bauernschaft, ergreifen muß, und vor der praktischen Lösung der Fragen der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung usw. steht, sie diese Fragen auf Grund ihrer eigenen Interessen, d. h. des Sozialismus, entscheiden wird. Karl Radek, der jetzt wie ein Menschewik redet, erklärte damals zusammen mit Rosa Luxemburg, daß die russische Revolution gleichzeitig eine bürgerliche und eine proletarische sei, da sie, obgleich sie durch die Ueberlassung des Grund und Bodens an die Bauern, an Warenproduzenten, die bürgerliche Ordnung auf dem flachen Lande aufrichtet, den Sozialismus in den Städten zu verwirklichen versuchen muß. Die russische Revolution, sprach damals Radek, ist, ihrer Stelle in der Geschichte nach, der Uebergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.

Sollte der Einfluß der russischen Revolution die Revolutionskräfte in Europa entfesseln — und in Westeuropa kann es nur eine proletarische Revolution geben — so wird sie gezwungen sein, auf eigenartigen Wegen die Verwirklichung des Sozialismus anzustreben.

Als 10 Jahre nach diesen Betrachtungen Radeks über die treibenden Kräfte der Revolution die Märzrevolution erfolgte, haben die Führer der proletarischen Avantgarde, die Bolschewiki, da sie sich über den kleinbürgerlichen Charakter der russischen Wirtschaft vollkommen klar waren, bewußt versucht, die Ziele, um die das Proletariat kämpfte, zu beschränken, indem sie nicht den Sozialismus, sondern die Uebergangsmassregeln zum Sozialismus auf die Tagesordnung stellten. Die Staatsmaschine unter der Kontrolle der Arbeiter- und Bauernräte zu bringen, die Nationalisierung der Banken, ohne die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums — dies war das Ziel, das Genosse Lenin in seinem Programm im April 1917 aufstellte. Schon nach der Machtergreifung durch das Proletariat und die Bauernschaft versuchte die Sowjetregierung nicht, die Bourgeoisie zu expropriieren, sondern die Arbeiterkontrolle über die Industrie zu entwickeln und zu organisieren. Die Arbeiterklasse ging aber mit Elementargehalt weiter. Sie ergriff von den Fabriken Besitz und nationalisierte Unternehmungen in der Provinz gegen den Willen der Zentralregierung. Und dies tat sie nicht aus Unkenntnis des Programms der Bolschewikpartei, sondern infolge des Widerstandes der Bourgeoisie, die die Arbeiterkontrolle zu sabotieren oder die für die Weiterführung der Industrie nötigen Kapitalien zu verstecken versuchte. Die Arbeiter mußten die Bourgeoisie beim Tragen packen. Würde aber auch diese wirtschaftliche Notwendigkeit nicht vorhanden, so könnte die Klasse, die die Bourgeoisie gestürzt und die Macht ergriffen hat, die Bourgeoisie im ruhigen Besitz der Produktionsmittel nicht zulassen. Das Proletariat herrscht im Lande, und es konnte nicht zulassen, daß die Bourgeoisie auf dem wirtschaftlichen Gebiete herrscht und dementsprechend lebt.

Die Sowjetregierung versuchte im April 1918 in einer Rede des Genossen Lenin die nächsten Aufgaben aufzustellen und den Weg zu zeigen, den wir jetzt mit dem Namen „Neue Wirtschaftspolitik“ bezeichnen. Sie versuchte, Abmachungen mit den Kapitalisten abzuschließen, den Privateigentums in den Kapitalismus unter der Kontrolle der proletarischen Staatsgewalt zu verwandeln. Genosse Lenin sagte, wir müssen bei den Trufkönigen lernen, die Wirtschaft aufzubauen. Gleichzeitig aber mußte die Sowjetregierung auf dem flachen Lande, wo es keine Vorbereitungen für den Sozialismus gab, in vollkommen entgegengegesetzter Richtung wirken. Um das Getreide zu bekommen, mußte sie die Arbeiter und die Dorfarnut bewaffnen, Komitees der Dorfarnut zur Bekämpfung des Hauswuchers schaffen. Der durch den Krieg zerstörte Kapitalismus hat uns nicht genügend Mittel für den Austausch der Industriewaren gegen das Getreide gelassen. Die Sowjetregierung war noch nicht genügend befestigt, verfügte noch über einen allzu schwachen Apparat und war infolgedessen nicht imstande, das Getreide auf dem Wege der Naturalsteuer zu erhalten. Bauern, die mit Hilfe von Arbeitern das Joch der Großgrundbesitzer, des Zaren und der Bourgeoisie abgeschüttelt, mit Hilfe der Arbeiter Grund und Boden erhalten haben, wollten sich nicht beschränken. Sie wollten ein freies, staatenloses Leben führen, keine Verpflichtungen dem Arbeiter- und Bauernstaate gegenüber haben. Die Getreideproduzenten wollten das Getreide nur gegen einen möglichst großen Teil des dem Lande verbleibenden Warenwertes umtauschen, was eine Benachteiligung des Staates, der Arbeiterklasse und der Dorfarnut bedeutete.

Aber auch die dritte Klasse, die Bourgeoisie, wollte nichts von Beschränkungen wissen. Sie wollte den Ausgleich mit dem Sowjetstaat, den Lenin ihr im April 1918 angeboten hat, nicht annehmen. Mit Hilfe der Weltbourgeoisie hat sie den Kampf auf Leben und Tod mit Sowjetrußland begonnen. Im Sommer 1918 erklärte sich die gesamte russische Bourgeoisie einmal zu Letzt, das andere Mal zu Polen, das drittemal zu Esten bzw. zur Ukraine und zu Deutschland, um dank dem Schutze des deutschen Imperialismus der Notwendigkeit enthoben zu sein, den Vergleich mit der Sowjetregierung abzuschließen. Nach dem tschechischen Aufstande, besonders nach der Besiegung Deutschlands durch die Alliierten, hat die russische Bour-

## Reichsbetriebsrätekongreß der Metallarbeiter.

(Schluß.)

Einstimmige Annahme fand weiter eine Resolution, die die sofortige Abänderung des § 50 des Betriebs-rätegesetzes

fordert, der eine Zusammenfassung der Betriebsräte nach Konzernen verhindert, des weiteren eine Resolution, die sich gegen den Lebensmittelwucher richtet und eine bessere Organisation in der Ausführung der landwirtschaftlichen Produkte für die Stadtbevölkerung verlangt.

Der Vorsitzende Lühbe wollte ferner die von unsern Genossen eingebrachte Resolution mit der Bemerkung, daß sie überholt sei, ohne weiteres unter den Tisch fallen lassen. Er sagte, Berlin, wandte sich energisch gegen eine derartige Methode und wies besonders darauf hin, daß gestern Dismann selbst erklärt hatte, die vier Referate gingen alle zusammen und es könnten daher am Schluß Anträge oder Resolutionen zur gesamten Materie eingebracht werden. Doch Dismann wandte sich in längerer Ausführungen dagegen und brachte es dann auch fertig, daß die Resolution nicht zur Abstimmung gelangte.

Der Kongreß wurde am Mittwochabend geschlossen. Auch der dritte Tag verlief so wie es die Veranstalter wünschten. Die Regie kappte. Der Kongreß sollte zu keiner Tagung werden, die der Arbeiterschaft für die gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe bestimmte Richtlinien geben und damit zum Ausgangspunkt einer neuen Periode in dem schweren Ringen des Proletariats gegen das Kapital hätte werden können. Der Zweck war vielmehr der, den Betriebsräten beizubringen, daß sie sich den Anordnungen und Maßnahmen ihrer Gewerkschaftsvorstände zu fügen haben.

Dismann, der als erster Referent über die Aufgaben der Betriebsräte sprach, hielt seine Linie konsequent inne. Durch eine große Menge Tatsachenmaterial erbrachte er den Beweis, daß die Betriebsräte unter dem jetzigen Gesetz ohnmächtig den kapitalistischen Gewalten gegenüberstehen. Aber daraus zog er nicht die Schlußfolgerung, daß die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte nur durch den Klassenkampf auf breiterer Grundlage erzwingen werden kann, sondern er vertritt die Delegierten auf die Gesetzgebung, auf das Parlament.

Das Referat von Engelbert Graf über Bildungsfragen bewegte sich nur in allgemeinen Richtlinien, ohne neue Momente zu bringen. Von unsern Genossen wurde noch versucht, dem Kongreß einen der heutigen Situation mehr angepaßten Abschluß zu geben, indem sie darauf hinwiesen, daß in allen Resolutionen und gefaßten Beschlüssen kein Weg gewiesen wurde für die unmittelbar bevorstehenden Kämpfe. Das gelang ihnen leider nicht, und so wurde der Kongreß geschlossen, ohne daß er seine eigentliche Aufgabe erfüllt hätte.

Von den Betriebsräten Marquardt-Essen, Graffe-Berlin und Jland-Erfurt wurde dem Kongreß am zweiten Verhandlungstag folgende Resolution vorgelegt, die aber auf Betreiben Dismanns nicht zur Abstimmung kam:

### Entschließung.

Der letzte Verbandstag des RAB. in Jena hat in seiner programmatischen Entschließung ausgesprochen, daß durch die immer schärfer auftretenden Wirtschaftskrisen die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft in voller Schwere auf der breiten Volksmasse lastet. Die kapitalistischen Friedensverträge haben den Zusammenbruch der besiegten Mittelmächte beschleunigt und die Weltwirtschaftskrise verschärft.

Der erste Reichsbetriebsrätekongreß des RAB. stellt fest, daß im Verlauf von kaum 3 Monaten, nach dem Verbandstag der Prozeß des volkswirtschaftlichen Zerfalls in geradezu katastrophaler Weise fortgeschritten ist. Unter den europäischen kapitalistischen Großstaaten ist es Deutschland, das am schnellsten dem endgültigen Zusammenbruch entgegengeht, weil die sogenannten Siegerstaaten, um ihren eigenen unaufhaltsamen Zerfall abzuwenden, durch die Reparationsforderungen Leistungen verlangen, die, wenn überhaupt, nur auf Kosten einer völligen Vereinerung der Arbeiterklasse erfüllbar sind.

Der ungeheure Sturz der Welt in den letzten Monaten in Verbindung mit der Profitgier des Kapitals führte zu einer Schein- und Schwindelkonjunktur, die eine Ausplünderung Deutschlands zur Folge hat. Dieser Zustand wird verschärft durch die kapitalistischen Wucher- und Schiebergeschäfte im eigenen Lande. Die Folgen sind auf der einen Seite riesige Profite des Kapitals, auf der anderen Seite der völlige Bankrott der Reichs- und Staatsfinanzen, eine unübersehbare Schuldenwirtschaft.

Für die Arbeiterschaft bedeutet diese Katastrophe in Verbindung mit dem ständigen Sinken des Reallohnens bei der rapiden Preissteigerung aller Verbrauchsgüter eine außerordentliche Gefahr. Die Existenz, Leben und Gesundheit breiter Volksmassen stehen auf dem Spiel.

Die Kapitalisten haben mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeiterschaft aufgenommen. Der Betriebsrätekongreß des RAB. fordert daher den rücksichtslosesten Klassenkampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, um die verheerenden Folgen für die Volkswirtschaft abzuwenden.

Er fordert die gesamte Arbeiterschaft, den ADB. und die drei sozialistischen Parteien auf, den Frontalangriff des Kapitals die geschlossene Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegenzustellen und sofort die Vorbereitungen und Richtlinien für den Kampf zu treffen.

Die Arbeiterklasse und der Dorfarnut bedeutete.

gehoite, die auf die Unterstützung durch die Entente hoffte, den unmittelbaren heftigsten Kampf gegen die Sowjetregierung begonnenen. Sie wollte nicht einmal eigene Unternehmungen pachten, da sie hoffte, diese als Eigentum zurückzuhalten. Um die Möglichkeit zu haben, die neue Wirtschaftspolitik durchzuführen, mußte man die Bourgeoisie nicht nur juristisch, sondern auch faktisch zu Boden werfen. Man mußte sie im zweijährigen Kriege auf den Kopf schlagen. Wir mußten uns und dem Weltkapital beweisen, daß die russische Industrie das Eigentum des proletarischen Staates und nicht das der Bourgeoisie ist, um daran denken zu können, wie man die Kräfte der Bourgeoisie im Interesse der Weiterentwicklung der Produktion ansucht. Der Krieg führte unermesslich zu einer Gesamtnationalisierung.

### Lohn- und Wirtschaftskämpfe.

Die sich aus der ständig wachsenden Teuerung ergebenden Lohnkämpfe sowie die durch den planmäßigen Verstoß der Unternehmer auf den Achtstundentag hervorgerufenen Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft nehmen einen immer ernsteren Charakter an, trotz alledem werden die Arbeiter immer wieder hinter den Ausgangspunkt der Kämpfe zurückgeworfen. Die Verschlechterung ihrer Lebenslage schreitet fort. Die Verschärfung der wirtschaftspolitischen Lage zwingt den Lohn- und Wirtschaftskämpfen immer mehr das Gepräge des politischen Machtkampfes auf. Diese Kämpfe müssen, wenn die Arbeiter endgültig aus ihrer Elendelage befreit werden sollen, bis zur Enteignung, zur Beschlagnahme der Produktionsmittel durch die Arbeiterschaft durchgeführt werden. Diese Erkenntnis kommt auch schon durch die 10 Forderungen des ADB. zum Ausdruck.

Darum ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß bei den gegenwärtigen Lohnkämpfen, wenn sie in ihrer ganzen Auswirkung erfolgreich für die Arbeiterschaft sein sollen, diese Voraussetzungen berücksichtigt werden. Die Lohnbewegungen und Streiks müssen zusammengefaßt werden, damit sich die Arbeiterschaft nicht in Einzelkämpfen verblutet, sondern die Wucht des proletarischen Ansturms gegen das Unternehmertum verstärkt wird.

Die im Kampf befindlichen Organisationen müssen dabei mit den gewerkschaftlichen Ortsartikeln oder, je nach Umfang der Kämpfe, direkt mit dem ADB. und der Afa in enger Verbindung stehen. Die großen umfassenden Lohn- und Abwehrkämpfe dürfen nicht an der Finanzierung scheitern. Es ist Pflicht des ADB. und der Afa, wenn erforderlich, soweit auf dem Wege des Umlageverfahrens Mittel bereitzustellen, die von den Organisationen durch Sonderbeiträge wieder einzuholen sind. Durch eine beratende Führung der Existenzkämpfe der Arbeiterklasse wird die Solidarität und der Opfermut der Arbeiter, Angestellten und Beamten gestärkt.

### Sozialpolitische Gesetze.

Durch eine Reihe von Gesetzesvorlagen versucht die Industrie mit Hilfe des reaktionären Machtapparates des kapitalistischen Staates die Arbeiterschaft zu fesseln und rechtlos zu machen. Die Schlichtungsordnung, das Arbeitszeit-Gesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die verschiedenen Ergänzungsentwürfe mit ihrer arbeitereindlichen Tendenz sind als ein Machwerk im Rahmen der Stinnespläne zu betrachten. Die gesamte Arbeiterschaft muß zum Kampfe aufgerufen werden, damit sie den gefährlichsten Anschlag auf ihre elementarsten Rechte, das Streik- und Koalitionsrecht, ihrer Freizügigkeit, den Achtstundentag im gemeinsamen Kampf abwehrt.

Die Aufgabe des ADB. und der drei sozialistischen Parteien muß es sein, durch parlamentarische in Verbindung mit außerparlamentarischen Aktionen den Abwehrkampf erfolgreich zu führen.

### Steuerkämpfe.

Die bevorstehenden Steuereinkünfte bedingen den schärfsten Machtkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie. Die Kapitalisten versuchen, die ungeheuren Lasten, die sich aus den Reparationsforderungen ergeben und durch das Wiesbadener Abkommen eine weitere Verschärfung erfahren, sowie die Lasten des Reiches auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dabei steigern sie ihre Profite in unerhörter Weise. Sie führen gegenwärtig den heftigsten Kampf, um durch die Privatisierung der Eisenbahn und Reichsbetriebe ihre Machtpositionen zu erweitern und die Regierung zu einem willigen Werkzeug ihrer Pläne zu machen. Demgegenüber ist es Pflicht des ADB., die Verhandlungen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft, mit der Industrie über diese Pläne sofort abzubrechen und in Verbindung mit den drei sozialistischen Parteien die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf aufzurufen.

Die Grundlagen für diesen Kampf können die 10 Forderungen des ADB. in der Steuerfrage sein. In Verbindung mit diesen Forderungen muß im Interesse der Volkswirtschaft der Kampf um den entscheidenden Einfluß der Arbeiterschaft auf die Produktion und deren Kontrolle durch eine Machterweiterung der Betriebsräte und der proletarischen Vertreter in den Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat durchgeführt werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert, daß die zu errichtenden Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat nicht Werkzeuge im Dienst der kapitalistischen Wirtschaft, sondern den Kampf wirkliche Instrumente des Klassenkampfes werden, in denen die Vertreter der Arbeiterschaft das Übergewicht und den entscheidenden Einfluß zu schaffen haben, um diese Aufgaben zu erfüllen.

Der Reichsbetriebsrätekongreß des RAB. richtet daher einen Appell an die gesamte Arbeiterschaft, sofort in allen Betrieben, Werkstätten und Büros zu diesen wichtigen Lebensfragen auf der Grundlage dieser Entschließung Stellung zu nehmen, die Vorbereitungen für den Kampf zu treffen für die Existenz, für die Freiheit der werktätigen Klasse, und damit auch für die Freiheit aller politischen Gefangenen, die für die proletarische Sache gekämpft haben. Der Reichsbetriebsrätekongreß des RAB. fordert den ADB. und die Afa auf, sofort die Vorbereitungen für die schleunige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses aller Hand- und Kopparbeiter auf der breitesten Grundlage zu treffen.

Denn nur durch die Solidarität und Kraft der gesamten Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen können diese Forderungen durch den Kampf verwirklicht werden.

(Schluß folgt.)

## Öffentliche Beamtenversammlung

Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Sanssouci, Reichsstraße 11

Reichstagsabgeordneter Plettner, Mitglied des Ausschusses für Beamtenfragen, spricht über:

## Die Neuregelung der Beamtenbesoldung und die Teuerung.

Die Not der Beamten ist groß. Beamte kommt in diese Versammlung. Freie Aussprache für jeden!

ADP., Ortsgruppe Breslau.

# Gewerkschafts-Bewegung.

## Das Breslauer Arbeitsamt vermittelt Streikbrecher!

Bei der Firma August Scherl, Adressbuch S. m. b. S., Filiale Breslau, stehen seit dem 30. November 57 Angestellte im Streik, weil die Firma einen einstimmig gefassten Spruch des Breslauer Schlichtungsausschusses in der Tariffrage ablehnt. Bisher ist es der Firma nicht gelungen, außer zwei sieben geliebten Subjekten, andere Streikbrecher zu gewinnen. Obwohl der Zentralverband der Angestellten, sowie der Betriebsrat des streikenden Betriebes das Breslauer Arbeitsamt und die in Frage kommenden Abteilungen mündlich und schriftlich verständigten, hat die weibliche Abteilung für kaufmännische Angestellte der Frau Grete Susemil (verheiratete Tochter des Filialleiters Krebs der Firma August Scherl) einen Arbeitschein behändigt und der arbeitsfreudigen Frau Susemil Vorschub geleistet. Frau Susemil war bisher nicht erwerbsbedürftig, da sie sich sehr günstig verheiratet hatte. Jetzt im Streik wird ihr auf einmal vom Arbeitsamt durch Ausstellung der Arbeits-Karte bescheinigt, daß sie im Interesse der streikenden Firma „erwerbsbedürftig“ sei. Obwohl auch diese von der Berliner Firma bisher energisch abgelehnte Arbeitskraft, welche unter dem Schutze der Schupo in den Betrieb geleitet wird, das Ergebnis des Streiks nicht beeinträchtigen kann, müssen doch die Streikenden in aller Öffentlichkeit fragen: Ist es Aufgabe des Arbeitsamtes Streikbrecher zu vermitteln? Um Antwort wird gebeten.

## Partei-Literatur.

### „Das freie Land“

So nennt sich der von der Zentrale, Abt. Land, herausgegebene Landarbeiter- und Bauernkalender. Neben zwei Kunstbeilagen und einem Wandkalender enthält derselbe zahlreiche Illustrationen aus Rußland und aus der Zeit des großen deutschen Bauernkrieges, jener revolutionären Erhebung der Bauern gegen die Junker und den Adel. Der Kalender bringt neben guten Artikeln für die Landarbeiter und Kleinbauern, Artikel über Sowjetrußland und eine gute Auswahl von Erzählungen und Gedichten. Dazu kommen natürlich auch einige wichtige Tabellen und ein Kalendarium.

Der Preis des Kalenders beträgt 3,50 M., was bei seiner guten und gebiengen Ausstattung jeden veranlassen sollte, den Kalender nicht nur sofort unter der Landbevölkerung zu vertreiben, sondern ihn selbst zu kaufen, da er ein gutes Weihnachtsgeschenk ist.

Man erhält dieses Buch in unserer Buchhandlung, Breslau, Gräbchenstr. 45.

## Lokales.

### Breslau.

#### Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau, Blücherplatz, schreibt uns:

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerverletzter vom 6. April 1920, das zusammen mit der Verordnung vom 21. Juli 1921 alle Arbeitgeber unter anderem verpflichtet, jeden für einen Schwerbeschädigten geeigneten freien Arbeitsplatz mit einem solchen zu besetzen und weiterhin b. im Vorkampfe von mindestens 20 Arbeitnehmern mindestens einen Schwerbeschädigten, bei 70 mindestens zwei, bei 120 Arbeitnehmern mindestens drei Schwerbeschädigte usw. zu beschäftigen, findet in der Öffentlichkeit leider noch immer nicht die wünschenswerte Beachtung. Verschiedenen Arbeitgebern hat diese Nichtbeachtung bereits empfindliche Geldbußen in Höhe von 1000—2500 M. eingetragen, da der Schlichtungsausschuß gemäß § 14 des Gesetzes als Nichtbeachtung hat, in solchen Fällen Geldbußen bis 10000 M. für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung zu verhängen.

In Breslau sind zurzeit noch etwa 200 Schwerbeschädigte erwerbslos. Diese Zahl wäre bedeutend geringer, wenn alle Arbeitgeber ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen würden. Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte

der Stadt Breslau wird deshalb nunmehr diejenigen Arbeitgeber, die sich noch immer trotz der wiederholt ergangenen öffentlichen und privaten Aufforderungen in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Gesetz säumig zeigen, unnachlässiglich zur Verantwortung ziehen.

## Marken rechtzeitig abholen!

Jeder Haushaltungsvorstand muß seine Marken an dem für ihn festgesetzten und an den Anschlagstulen bekannt gemachten Tage abholen. Säumige können, damit nicht durch ihre Absperrung die pünktlichen Abholer unnötig warten müssen, auch bei der am 12. d. M. beginnenden Ausgabe ihre Marken usw. erst wieder von dem auf die Ausgabewoche folgenden Montage ab erhalten und nur gegen Zahlung einer Gebühr von 2 M., ohne Rücksicht auf den Grund der Unpünktlichkeit. Einsprüche sind nur nach der Zahlung und nur schriftlich bei der Stadtverteilungsstelle zu erheben. Wiederholt säumige Abholer gewärtigen außerdem gerichtliche Bestrafung.

## Also pünktliche Abholung der Marken!

Wir heben noch hervor, daß aus Betriebsrücksichten die Ausgabestellen für das Publikum um 2 Uhr geschlossen werden müssen.

## Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes.

Bei dem städtischen Einigungsamte liefen im November d. Js. 1570 neue Anträge ein, und zwar 140 ausgehend von Mietern, 1288 von Vermieterkreisen, 142 von Amtswegen. Erledigt wurden 901 Fälle, darunter 275 durch Vergleich, 157 durch Zurücknahme des Antrages und 489 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 611 unter die Mieterchutzverordnung vom 23. September 1918 und 97 unter die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919, während weitere 33 Fälle Heizungsachen, 28 Fälle die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung, 54 die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages, 4 eine Ermäßigung der Miete und 74 verschiedene Beschwerden betreffen.

## Vom städtischen Arbeitsnachweis.

Der städtische Arbeitsnachweis teilt mit: Die Arbeitsmarktsverhältnisse haben sich auch im Oktober, allgemein gesprochen, noch günstig gestaltet. Es kamen auf 100 offene Stellen 166,6 Arbeitsjuchende (gegen 163,7 des Vormonats) und 85,8 Besetzungen (gegen 85,4 des Vormonats).

Naturngemäß waren in der Landwirtschaft weniger Arbeitskräfte unterzubringen, als im September. Der Rückgang betrug 34 Prozent.

Besonders günstig gestaltete sich die Konjunktur weiterhin für die Metallindustrie, bei der auf 100 offene Stellen nur noch 164,6 Bewerber kamen, während von den angebotenen Stellen 97,7 Prozent besetzt wurden. Beide Zahlen sind günstiger als die im Vormonat. In der Lederindustrie wurde zwar die Zahl der Arbeitsjuchenden absolut geringer, doch ging das Stellenangebot sehr stark zurück, so daß auf 100 offene Stellen 393,5 Arbeitsjuchende (gegen 291,8 des Vormonats) bei den Tapezierern und Sattlern festzustellen waren, also die ungünstige Lage sich sogar etwas verschlimmert hat. Das Gegenteil läßt sich erfreulicherweise vom Holzgewerbe sagen, in dem auf 100 offene Stellen nur noch 201,3 Arbeitsjuchende kamen (gegen 288,8 im Vormonat). Die angebotenen Stellen konnten sämtlich besetzt werden.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe trat für die männlichen Arbeitsjuchenden eine erhebliche Besserung in der Arbeitsmarktfrage ein dadurch, daß die Zuckerindustrie, wie üblich, in dieser Zeit stark aufnahmefähig war, so daß auf 100 offene Stellen nur 82,9 Arbeitsjuchende entfielen, also das Angebot die Nachfrage weit überstieg. Für Frauen mußte leider gerade das Gegenteil festgestellt werden; es wuchs die Zahl der Arbeitsjuchenden, so daß auf 100 offene Stellen 347,4 (gegen 157) Bewerberinnen entfielen. Allerdings sind hier die absoluten Zahlen sehr niedrig, so daß eine Beeinflussung des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht in Frage kommt.

Die gegenwärtige Jahreszeit bringt es, wie stets, mit sich, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe etwas zurückgeht oder zum mindesten sich nicht steigert. Zwar war die Zahl der Arbeitsjuchenden im Oktober geringer, als im September, aber auch das Angebot der offenen Stellen war viel niedriger, so daß auf 100 offene Stellen nur 79,1 Vermittlungen und 159,8 Bewerbungen entfielen, gegen 89,2 bzw. 116,3.

Im Handel hat sich für männliches Personal eine etwas günstigere Unterbringungsmöglichkeit, während die Lage für weibliches Personal, wenigstens, was die Zahl der Arbeitsjuchenden anbelangt, etwas schlechter wurde, obgleich die Vermittlungstätigkeit

in erhöhtem Maße einsetzte. Es kamen auf 100 offene Stellen 443,1 männliche und 147,4 weibliche Bewerbungen und 63,6 bzw. 69,4 Vermittlungen.

Die ungelerten Arbeiter nahmen an Zahl wiederum bedeutend zu, doch bestand glücklicherweise die Möglichkeit, sie in umfangreichem Maße zu vermitteln, so daß im ganzen genommen, auf 100 offene Stellen 198,8 (gegen 216,2) Arbeitsjuchende entfielen, während allerdings bei den weiblichen Arbeitsjuchenden eine Vermehrung auch in Hinsicht auf das Stellenangebot bei den Arbeitsjuchenden zu verzeichnen war, so daß auf 100 offene Stellen 119,4 Bewerberinnen kamen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß eine beträchtliche Zahl von ungelerten Arbeiterinnen in Fabrikbetrieben beschäftigt wird, für die eine bessere Unterbringungsmöglichkeit sich im abgelaufenen Monat herausgestellt hat insofern, als nicht, wie bisher, 367,1, sondern nur 332,0 Arbeitsjuchende auf das Hundert des Stellenangebotes kamen.

Von den 1358 Kriegsbeschädigten konnten nur 156 vermittelt werden, und zwar waren es 91 Schwerbeschädigte, während 64 der Vermittelten unter 50 Prozent erwerbsbeschränkt war. Für die freien Berufe waren die Unterbringungsbedingungen nach wie vor sehr gering; es wäre außerordentlich wünschenswert, daß man insbesondere den vielen Lehrkräften für höhere und Volksschulen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, in umfassender Weise die Wege ebnete zu einem neuen Beruf. Sie eignen sich ja auf Grund ihrer Vorbildung für eine große Reihe von Tätigkeiten in Handel, Industrie und Verwaltung.

## Ober Herrmsdorf.

Am Dienstag, den 6. Dezember fand die Beerdigung des Kameraden Walter Schneider von der 9. Abteilung der Städtischen Friedenshoffnung-Grube statt. Einige Kameraden der betreffenden Abteilung wollten sich an der Beerdigung beteiligen, da einige davon Frühjuchter hatten, waren sie gezwungen, um 12 Uhr aus der Grube auszufahren, um rechtzeitig zur Stelle zu sein. Trotzdem es die Kumpel dem Abteilungsleiter rechtzeitig gemeldet hatten, war dieser bei der Ausfahrt nicht zur Stelle. Wenn nicht ein anderer Beamter die Kameraden mitgenommen hätte, wären diese nicht in der Lage gewesen, an der Beerdigung teilzunehmen. Wir möchten wissen, warum der betreffende Beamte nicht rechtzeitig zur Stelle war? Warum diese Sabotage? Wir bulden das nicht. Der Aufseher Ruffler soll gesagt haben, die Kameraden haben wohl viel Geld übrig, bei der jetzigen Zeit früher auszufahren und zur Beerdigung zu gehen. Wenn ein hoher Beamter beerdigt wird, der die Kameraden auf die niederträchtigste Art und Weise chikanieren hat oder der gar nicht einmal persönlich gekannt wurde, so werden die Kameraden schon tagelang vorher dazu kommandiert. Dann kommt es nicht darauf an, eine Stunde früher auszufahren. Es wird hier mit zweierlei Maß gemessen, dagegen protestiert die Belegschaft.

## Verfallungs-Kalender.

**B.P.D. Breslau.** Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro: Referententurfus. Alle sätigen Genossen haben zu erscheinen.

**Achtung!** **Kommunistische Metallarbeiter!** **Achtung!** Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, wichtige Fraktions-sitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

**B.P.D. Bunzlau.** Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Deutschen Reich, Mitgliederversammlung. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

## Wechenspielplan der Breslauer Theater.

Stadt-Theater: Sonnabend 7 Uhr: Eine Nacht in Venedig. Sonntag 6 Uhr: Parfival, Montag 7 Uhr: Der Corregidor, Dienstag 7 Uhr: Der Schatzgräber, Mittwoch 7 Uhr: La Traviata, Donnerstag 7 Uhr: Der Kojentavaliere, Freitag 7 Uhr: Hans Heiling.

Lobe-Theater: Sonnabend, Montag und Freitag abds. 7 1/2 Uhr: Sphigene auf Lauris, Sonntag und Mittwoch 7 1/2 Uhr: Macbeth, Dienstag und Donnerstag 7 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Thalia-Theater: Sonnabend, Sonntag, Dienstag und Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Dame aus dem Schlafwagen. Montag, Mittwoch und Freitag 7 1/2 Uhr: Gretchen.

Schauspielhaus: Jeden Abend 7 1/2 Uhr: Die Langgräfin. (Cyperette.)

Liebig-Theater: Täglich 7 1/4 Uhr abends das große Dezember-Programm (Variete).

Zeltgarten: Jeden Abend 7 1/2 Uhr das große Variete-Programm.

Verantwortl. Redakt.: Erich Genjch; Inserate: Max Bichowicz. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Puffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne Tel. R. 2545  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Langgräfin.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Fächer-Operette.

**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
Dezember-  
Programm

Vertreter:  
Geschäftsbüro, Schlichtungsausschuß,  
Kommunistische Partei, P. R. 13.  
Frei-Nachnahme:  
P. Müller, Berlin 17, G. 2.

Grammophon  
gut erhalten, preiswert zu  
verkaufen.  
Breslau 11, Mühlweg 22, R. 1.  
bei P. Müller.  
Besichtigung 12-14 Uhr.

Gebrauchter kleiner Opel  
zu verkaufen. Angebote  
an die Geschäftsstelle der  
„Sächsischen Arbeiter-Ztg.“

**Die billigsten**  
Raglan • Hazüge • Foppen

bekommen Sie direkt aus  
der Werkstatt, noch so  
lange der Vorrat reicht im

**Herren-Bekleidungshaus**  
Albstraße 11, am Hauptplatz  
H. Partzike.

**Parteigenossen**

decken Ihren gesamten Bedarf  
an kommunistischer Literatur,  
Jugendchriften, Unterhaltungs-  
literatur

in der  
**Kommunistischen Bücherei**  
Breslau, Gräbchenstraße 45.

**Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!**

**Karl Liebknecht**  
**Reden und Aufsätze**  
374 Seiten. Preis: Kartoniert 20.— Mk.  
(für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 32.— Mk.

**L. Trotzki**  
**Die neue Etappe**  
Die Weltlage und unsere Aufgaben  
167 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

**G. Snowjew**  
**Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale**  
114 Seiten. Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

**Karl Radek**  
**Der Weg der Kommunistischen Internationale**  
26 Seiten. Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

**Thesen und Resolutionen des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale**  
191 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 7.— Mk.

**M. Tomski**  
**Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland**  
64 Seiten. Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk.

**Dr. Eugen Pawlowki**  
**Der Bankrott Deutschlands**  
189 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

**E. Varga**  
**Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft**  
64 Seiten. Preis: 150 Mk.

**Steuerfrage und Steuerpolitik**  
24 Seiten. Preis 30 Pfg.

**Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921**  
74 Seiten. Preis 2.— Mk.

Zu beziehen durch  
**Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11**  
sowie durch sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

**WALLEN MARIEN-ESSENZ**  
WALLEN MARIEN-ESSENZ  
WALLEN MARIEN-ESSENZ  
WALLEN MARIEN-ESSENZ

# Gewerkschafts-Bewegung.

## Das Breslauer Arbeitsamt vermittelt Streikbrecher!

Bei der Firma August Scherl, Adressbuch S. m. 6. S., Filiale Breslau, stehen seit dem 30. November 57 Angestellte im Streik, weil die Firma einen einstimmig gefaßten Spruch des Breslauer Schlichtungsausschusses in der Tariffrage ablehnt. Bisher ist es der Firma nicht gelungen, außer zwei sieben gebliebenen Subjekten, andere Streikbrecher zu gewinnen. Obwohl der Zentralverband der Angestellten, sowie der Betriebsrat des streikenden Betriebes das Breslauer Arbeitsamt und die in Frage kommenden Abteilungen mündlich und schriftlich verständigten, hat die weibliche Abteilung für kaufmännische Angestellte der Frau Grete Susemil (verheiratete Tochter des Filialleiters Krebs der Firma August Scherl) einen Arbeitschein behändigt und der arbeitsfreundlichen Frau Susemil Vorschub geleistet. Frau Susemil war bisher nicht erwerbsbedürftig, da sie sich sehr günstig verheiratet hatte. Jetzt im Streit wird ihr auf einmal vom Arbeitsamt durch Ausstellung der Arbeits-Karte bestätigt, daß sie im Interesse der bestreitenden Firma „erwerbsbedürftig“ sei. Obwohl auch diese von der Berliner Firma bisher energisch abgelehnte Arbeitskraft, welche unter dem Schutze der Schupo in den Betrieb geleitet wird, das Ergebnis des Streiks nicht beeinträchtigen kann, müssen doch die Streikenden in aller Öffentlichkeit fragen: Ist es Aufgabe des Arbeitsamtes Streikbrecher zu vermitteln? Um Antwort wird gebeten.

### Partei-Literatur.

„Das freie Land“

So nennt sich der von der Zentrale, Abt. Land, herausgegebene Landarbeiter- und Bauernkalender. Neben zwei Kunstbeilagen und einem Wandkalender enthält derselbe zahlreiche Illustrationen aus Rußland und aus der Zeit des großen deutschen Bauernkrieges, jener revolutionären Erhebung der Bauern gegen die Junker und den Adel. Der Kalender bringt neben guten Artikeln für die Landarbeiter und Kleinbauern, Artikel über Sowjetrußland und eine gute Auswahl von Erzählungen und Gedichten. Dazu kommen natürlich auch einige wichtige Tabellen und ein Kalendarium.

Der Preis des Kalenders beträgt 3,50 Mk., was bei seiner guten und gediegenen Ausstattung jeden veranlassen sollte, den Kalender nicht nur sofort unter der Landbevölkerung zu vertreiben, sondern ihn selbst zu kaufen, da er ein gutes Weihnachtsgeschenk ist.

Man erhält dieses Buch in unserer Buchhandlung, Breslau, Gräbchenstr. 45.

### Lokales.

Breslau.

### Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau, Blücherplatz, schreibt uns:

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920, das zusammen mit der Verordnung vom 21. Juli 1921 alle Arbeitgeber unter anderem verpflichtet, jeden für einen Schwerbeschädigten geeigneten freien Arbeitsplatz mit einem solchen zu belegen und weiterhin b. im Vorhandensein von mindestens 20 Arbeitnehmern mindestens einem Schwerbeschädigten, bei 70 mindestens zwei, bei 120 Arbeitnehmern mindestens drei Schwerbeschädigte usw. zu beschäftigen, findet in der Deffektivität leider noch immer nicht die wünschenswerte Beachtung. Verschiedenen Arbeitgebern hat diese Nichtbeachtung bereits empfindliche Geldstrafen in Höhe von 1000—2500 Mk. eingetragen, da der Schlichtungsausschuß gemäß § 14 des Gesetzes als Richter hat, in solchen Fällen Geldstrafen bis 10000 Mk. für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung zu verhängen.

In Breslau sind zurzeit noch etwa 200 Schwerbeschädigte erwerbslos. Diese Zahl wäre bedeutend geringer, wenn alle Arbeitgeber ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen würden. Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte

der Stadt Breslau wird deshalb nunmehr diejenigen Arbeitgeber, die sich noch immer trotz der wiederholt ergangenen öffentlichen und privaten Aufforderungen in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Gesetz säumig zeigen, unnachlässiglich zur Verantwortung ziehen.

### Marken rechtzeitig abholen!

Jeder Haushaltungsvorstand muß seine Marken an dem für ihn festgesetzten und an den Anschlagstulen bekannt gemachten Tage abholen. Säumige können, damit nicht durch ihre Abfertigung die pünktlichen Abholer unnötig warten müssen, auch bei der am 12. d. M. beginnenden Ausgabe ihre Marken usw. erst wieder von dem auf die Ausgabewoche folgenden Montage ab erhalten und nur gegen Zahlung einer Gebühr von 2 Mk., ohne Rücksicht auf den Grund der Unpünktlichkeit. Einsprüche sind nur nach der Zahlung und nur schriftlich bei der Stadtverteilungsstelle zu erheben. Wiederholt säumige Abholer gewärtigen außerdem gerichtliche Bestrafung.

### Also pünktliche Abholung der Marken!

Wir heben noch hervor, daß aus Betriebsrücksichten die Ausgabestellen für das Publikum um 2 Uhr geschlossen werden müssen.

### Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes.

Bei dem städtischen Einigungsamte liefen im November d. Js. 1570 neue Anträge ein, und zwar 140 ausgehend von Mietern, 1288 von Vermieterkreisen, 142 von Amtswegen. Erledigt wurden 901 Fälle, darunter 275 durch Vergleich, 157 durch Zurücknahme des Antrages und 469 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fielen 611 unter die Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 und 97 unter die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919, während weitere 33 Fälle Heizungsachen, 28 Fälle die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung, 54 die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages, 4 eine Ermäßigung der Miete und 74 verschiedene Beschwerden betreffen.

### Vom städtischen Arbeitsnachweis.

Der städtische Arbeitsnachweis teilt mit: Die Arbeitsmarktverhältnisse haben sich auch im Oktober, allgemein gesprochen, noch günstig gestaltet. Es kamen auf 100 offene Stellen 166,6 Arbeitsuchende (gegen 163,7 des Vormonats) und 85,8 Besetzungen (gegen 85,4 des Vormonats).

Natürgemäß waren in der Landwirtschaft weniger Arbeitskräfte unterzubringen, als im September. Der Rückgang betrug 34 Prozent.

Besonders günstig gestaltete sich die Konjunktur weiterhin für die Metallindustrie, bei der auf 100 offene Stellen nur noch 164,6 Bewerber kamen, während von den angebotenen Stellen 97,7 Prozent besetzt wurden. Beide Zahlen sind günstiger als die im Vormonat. In der Lederindustrie wurde zwar die Zahl der Arbeitsuchenden absolut geringer, doch ging das Stellenangebot sehr stark zurück, so daß auf 100 offene Stellen 393,5 Arbeitsuchende (gegen 291,8 des Vormonats) bei den Tappeziern und Sattlern festzustellen waren, also die ungünstige Lage sich sogar etwas verschlimmert hat. Das Gegenteil läßt sich erfreulicherweise vom Holzgewerbe sagen, in dem auf 100 offene Stellen nur noch 201,3 Arbeitsuchende kamen (gegen 288,8 im Vormonat). Die angebotenen Stellen konnten sämtlich besetzt werden.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe trat für die männlichen Arbeitsuchenden eine erhebliche Besserung in der Arbeitsmarktfrage ein dadurch, daß die Zuckerindustrie, wie üblich, in dieser Zeit stark aufnahmefähig war, so daß auf 100 offene Stellen nur 82,9 Arbeitsuchende entfielen, also das Angebot die Nachfrage weit überstieg. Für Frauen mußte leider gerade das Gegenteil festgestellt werden; es wuchs die Zahl der Arbeitsuchenden, so daß auf 100 offene Stellen 347,4 (gegen 157) Bewerberinnen entfielen. Allerdings sind hier die absoluten Zahlen sehr niedrig, so daß eine Beeinflussung des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht in Frage kommt.

Die gegenwärtige Jahreszeit bringt es, wie stets, mit sich, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe etwas zurückgeht oder zum mindesten sich nicht steigert. Zwar war die Zahl der Arbeitsuchenden im Oktober geringer, als im September, aber auch das Angebot der offenen Stellen war viel niedriger, so daß auf 100 offene Stellen nur 79,1 Vermittlungen und 159,8 Bewerbungen entfielen, gegen 89,2 bzw. 116,3.

Im Handel bot sich für männliches Personal eine etwas günstigere Unterbringungsmöglichkeit, während die Lage für weibliches Personal, wenigstens, was die Zahl der Arbeitsuchenden anbelangt, etwas schlechter wurde, obgleich die Vermittlungstätigkeit

in erhöhtem Maße einsetzte. Es kamen auf 100 offene Stellen 443,1 männliche und 147,4 weibliche Bewerbungen und 63,6 bzw. 59,4 Vermittlungen.

Die ungelerten Arbeiter nahmen an Zahl wiederum bedeutend zu, doch bestand glücklicherweise die Möglichkeit, sie in umfangreichem Maße zu vermitteln, so daß im ganzen genommen, auf 100 offene Stellen 198,8 (gegen 216,2) Arbeitsuchende entfielen, während allerdings bei den weiblichen Arbeitsuchenden eine Vermehrung auch in Hinsicht auf das Stellenangebot bei den Arbeitsuchenden zu verzeichnen war, so daß auf 100 offene Stellen 119,4 Bewerberinnen kamen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß eine beträchtliche Zahl von ungelerten Arbeiterinnen in Fabrikbetrieben beschäftigt wird, für die eine bessere Unterbringungsmöglichkeit sich im abgelaufenen Monat herausgestellt hat insofern, als nicht, wie bisher, 387,1, sondern nur 332,0 Arbeitsuchende auf das Hundert des Stellenangebotes kamen.

Von den 1358 Kriegsbeschädigten konnten nur 166 vermittelt werden, und zwar waren es 91 Schwerbeschädigte, während 64 der Vermittelten unter 50 Prozent erwerbsbeschränkt war. Für die freien Berufe waren die Unterbringungsbedingungen nach wie vor sehr gering; es wäre außerordentlich wünschenswert, daß man insbesondere den vielen Lehrkräften für höhere und Volksschulen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, in umfassender Weise die Wege ebnete zu einem neuen Beruf. Sie eignen sich ja auf Grund ihrer Vorbildung für eine große Reihe von Tätigkeiten in Handel, Industrie und Verwaltung.

### Über Hermsdorf.

Am Dienstag, den 6. Dezember fand die Beerdigung des Kameraden Walter Schneider von der 9. Abteilung der Ostfälischen Friedenshoffnung-Grube statt. Einige Kameraden der betreffenden Abteilung wollten sich an der Beerdigung beteiligen, da einige davon Frühlingsurlaub hatten, waren sie gezwungen, um 12 Uhr aus der Grube auszufahren, um rechtzeitig zur Stelle zu sein. Trotzdem es die Kommando-Abteilungsführer rechtzeitig gemeldet hatten, war dieser bei der Ausfahrt nicht zur Stelle. Wenn nicht ein anderer Beamter die Kameraden mitgenommen hätte, wären diese nicht in der Lage gewesen, an der Beerdigung teilzunehmen. Wir möchten wissen, warum der betreffende Beamte nicht rechtzeitig zur Stelle war? Warum diese Sabotage? Wir bulden das nicht. Der Aufseher Müller soll gesagt haben, die Kameraden haben wohl viel Geld übrig, bei der jetzigen Zeit früher auszufahren und zur Beerdigung zu gehen. Wenn ein höher Beamter beerdigt wird, der die Kameraden auf die niederträchtigste Art und Weise chikanieren hat oder der gar nicht einmal persönlich gekannt wurde, so werden die Kameraden schon tagelang vorher dazu kommandiert. Dann kommt es nicht darauf an, eine Stunde früher auszufahren. Es wird hier mit zweierlei Maß gemessen, dagegen protestiert die Belegschaft.

### Veranstaltungen-Kalender.

1920. Breslau. Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro: Referententagung. Alle säsigen Genossen haben zu erscheinen.

Achtung! Kommunistiche Metallarbeiter! Achtung! Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, wichtige Fraktions-sitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

1920. Bunsäau. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Deutschen Reich, Mitgliederversammlung. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

### Wechenspielplan der Breslauer Theater.

Stadt-Theater: Sonnabend 7 Uhr: Eine Nacht in Venedig. Sonntag 6 Uhr: Faschival, Montag 7 Uhr: Der Corregidor, Dienstag 7 Uhr: Der Schatzgräber, Mittwoch 7 Uhr: La Traviata, Donnerstag 7 Uhr: Der Rosenkavalier, Freitag 7 Uhr: Hans Heiling.

Lobe-Theater: Sonnabend, Montag und Freitag abds. 7 1/2 Uhr: Sphigenie auf Lauris, Sonntag und Mittwoch 7 1/2 Uhr: Macbeth, Dienstag und Donnerstag 7 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Thalia-Theater: Sonnabend, Sonntag, Dienstag und Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Dame aus dem Schlafwagen. Montag, Mittwoch und Freitag 7 1/2 Uhr: Gretchen.

Schauspielhaus: Jeden Abend 7 1/2 Uhr: Die Langgräfin (Operette.)

Liebich-Theater: Täglich 7 1/4 Uhr abends das große Dezember-Programm (Varietes.)

Zeltgarten: Jeden Abend 7 1/2 Uhr das große Varietes-Programm.

Verantwortl. Redakt.: Erich Genisch; Inzerate: Max Fischer. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus**  
Operetten-Abteilung 10. R. 255  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Leuzgen.  
Sonnab. nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Färsen-Grotte.

**Liebich-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
Dezember-  
Programm

Vertreter:  
Geschäftsbes. v. Schilling,  
bei Schilling & Co.,  
P. 1111, Breslau 57, 62.

Grammophon:  
gut erhalten, preiswert zu  
verkaufen.  
Breslau 11, Mühlgr. 22, R. 1.  
Bei Preisl.  
Beschickung: 3-Gkr. 20.

Gebrauchter Wiener Ofen  
zu kaufend. Angebots  
zu die Gedächtnis der  
Südlichen Brüder-2g.

**Die billigsten**  
**Raglan • Hazüge • Joppen**

bekommen Sie direkt aus  
der Werkstatt, noch so  
lange die Vorrat reicht im

**Herren-Bekleidungshaus**  
Nikolaistraße 11, am Hauptplatz  
H. Partzke.

**Parteigenossen**

decken Ihren gesamten Bedarf  
an kommunistischer Literatur,  
Jugendchriften, Unterhaltungsliteratur

in der  
**Kommunistischen Bucherei**  
Breslau, Gräbchenstraße 45.

**Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!**

<b>Karl Liebknecht</b> <b>Reden und Aufsätze</b> 34 Seiten. Preis: kartoniert 20.— Mk. (für Organisationen 15.— Mk.) in Leinwand 30.— Mk. <b>L. Trotzki</b> <b>Die neue Etappe</b> Die Weltlage und unsere Aufgaben 167 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>G. Snowjew</b> <b>Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale</b> 114 Seiten. Preis: 1,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>Karl Radek</b> <b>Der Weg der Kommunistischen Internationale</b> 26 Seiten. Preis: 1,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>Thesen und Resolutionen</b> des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 191 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 7.— Mk.	<b>M. Tomski</b> <b>Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland</b> 64 Seiten. Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk. <b>Dr. Eugen Pawlowski</b> <b>Der Bankrott Deutschlands</b> 189 Seiten. Preis: 2,50 Mk., geb. 6.— Mk. <b>E. Varga</b> <b>Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft</b> 64 Seiten. Preis: 1,50 Mk. <b>Steuerfrage und Steuerpolitik</b> 24 Seiten. Preis 30 Pfg. <b>Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921</b> 74 Seiten. Preis 2.— Mk.
---	--

Zu beziehen durch  
**Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11**  
sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

**YONIE**  
Valentin Herberich-Essen  
Kaufmann  
Königstr. 11, 112, 113, 114, 115, 116, 117  
K. P. D.

Table with 4 columns: Gruppe, bisheriges Einkommen, neues Einkommen, Mehrbetrag. Rows include groups I, III, IV, VIII, X, XIII.

Table with 4 columns: Gruppe, bisheriges Einkommen, neues Einkommen, Mehrbetrag. Rows include groups I, VI, VIII, X, XIII.

Ein Vergleich der Statistik zeigt, daß die Spitzenorganisationen einen, wenn auch schwächeren, Versuch unternommen haben, die scharfe Differenzierung der Gehaltsgruppen etwas abzumildern.

Table with 3 columns: Lohngruppe, Gesamtlohn, Lohnklasse E. Rows include Lohngruppe I, III, V, VII and Lohnklasse E I, III, V, VII.

Für die Diätare wird eine Neuordnung entsprechend des Einkommens der planmäßigen Beamten gefordert. Den Beamten in Vorbereitungsdienst, sowie die im Vertragsverhältnis beschäftigten, aber nicht unter den Tarifvertrag fallenden Personen...

Auch soll für die aus dem Lohnverhältnis hervorgegangenen Beamten die Regelung der Ausgleichszulage im Sinne der jetzigen Feuerungsaktion durchgeführt werden.

Table with 4 columns: Lohngruppe, Gesamtlohn, Lohnklasse E, Gesamtlohn. Rows include Lohngruppe I, III, V, VII and Lohnklasse E I, III, V, VII.

Des weiteren wird noch gefordert Neuordnung der Bezüge der weiblichen sowie jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge.

Sofortige Neuordnung der Ortsklasseneinteilung für Arbeiter; Bereitstellung von Reichsmitteln zur Erhöhung der Bezüge für Rentempfänger.

verungen werden erwähnt, daß das Reich Mittel für die Länder und Gemeinden zur Bezahlung der höheren Gehälter zur Verfügung stellt.

Diese neuen Forderungen bedeuten eine vollständige Neuordnung des Besoldungsgesetzes. Ob die Regierung ohne den außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Druck der Beamtenmassen so ohne weiteres dieser Forderung entsprechen wird, ist nach bisherigen Erfahrungen mehr als zweifelhaft.

Da wir Kommunisten uns darüber klar sind, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages aller Voraussicht eine sofortige Neuordnung der Beamtenbezüge mit allerhand nichtsluzigen Ausflüchten ausweichen werden, haben wir, um die Beamten wenigstens noch vor Weihnachten in den Genuss eines Geldebetrages zu setzen, folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird aufgefordert, in Anlehnung an die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vom 3. Dezember 1921 sofort eine vom 1. Oktober 1921 ab gültige Neuordnung der Einkommenbezüge für alle Beamten, Angestellte und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe vorzunehmen.

Aufgabe der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen muß es unumkehrbar sein, wenn sie es ernst mit ihren Forderungen meinen, für den nötigen außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Druck zu sorgen zur Durchführung der geplanten Neuordnung des Besoldungsgesetzes.

Politische Uebersicht.

Stinnes und Sowjet-Rußland. — Eine englische Stimme.

„Manchester Guardian“, das bekannte englische liberale Blatt, schreibt in einem Leitartikel: „Als Herr Stinnes nach London kam, wurde sofort erklärt, daß sein Besuch zum Teil mit dem Problem Rußlands zusammenhänge.“

Ebensovien dürfte das beabsichtigte Verbot für Rußland, bestimmte Waren selbst zu erzeugen, in Rußland gut aufgenommen werden. Ueberhaupt ist Rußland noch garnicht danach gefragt worden, wie es selbst zu diesem Plan steht.

Dombal verhaftet.

Der kommunistische Sejmabgeordnete Dombal ist gestern von der politischen Polizei unter der Anklage staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die polnische Bourgeoisie hat oft genug nach dem Kopf des ersten kommunistischen Abgeordneten im Sejm geschrien. Jetzt ist es ihr endlich gelungen, Dombal zur Strecke zu bringen.

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

28.) (Nachdruck verboten.)

Abel dachte an eine jehisame Nacht. Er war ein kleiner Knabe, sein Großvater saß zu Häupten des Tisches, es war am Vorabend von Derna, eine unverständliche, geheimnisvolle Zeremonie.

Und er stellte den Becher nieder, als wollte er jemand bewirken, als schritte man jemand drängen durch die Nacht, läme unsichtbar herein und berührte mit Gefährlichen den Wein.

welcher Tod hinter ihm schreiet, welcher Tod vor ihm schreiet... Und nun bemerkte er, daß Weiß abermals neben ihm saß. Er stand dort und schaute ebenfalls mit ansprechendem Verzprechen — das Nagen des Gespenstes.

„Abel, auch dich werden sie töten“ flüsterte er mit entsetzten Gesicht. — „Abel verdeckte die Augen.“

„In der blinden Finsternis stand Weiß trunke, mo-gere, schwarze kleine Gestalt neben ihm, aber seine Stimme kam dennoch aus solcher Ferne, daß Abel abermals von Entsetzen gepackt wurde.“

aber das Leben nicht gelingen wollte, und er töte den anderen, weil es diesem gelungen war.

„Dies steht in der Bibel?“

Später dachte Abel: Wer ist dieser Weiß, dieser arme Weiß, dieser arme, zerlumpte, kleine Jude? Woher er denn, weshalb nun jene mordeten? Wie recht er doch hat...



